



Jahrgang 27 – Ausgabe 2-2001

SPD-Burghaun auch im neuen Jahrtausend: Keine falschen Versprechungen

Haben Sie überprüft, mit welchen Zielen die SPD in die vergangene Wahlperiode gestartet ist? Man konnte in unseren Veröffentlichungen genau vergleichen, was wir wollten und was wir erreicht haben. Wir haben vieles geschafft: Da ist die Fertigstellung der Kläranlage zu nennen, der Ausbau des Burghauner Bahnhofes, die Erweiterung von Gewerbegebieten, der Ausbau der Gasanschlüsse in Burghaun, die enormen Ausgaben für Neubauten und Erweiterungsbauten von Kindergärten. Leistungen, auf die wir stolz sind. Aber gibt es nicht auch Entwicklungen, die bedenklich stimmen? Darf man Bürgerinnen und Bürgern glauben machen, dass dies alles umsonst sei? Alle diese enormen Investitionen von vielen Millionen Mark sind Steuermittel, für die wir alle aufkommen müssen. Da gilt es zu rechnen, da muss man auch sagen, dass nicht alles geschenkt ist. So gibt es in Burghaun inzwischen vier Kindergärten, das Defizit für die Gemeinde beträgt pro Jahr nunmehr 1 Million Mark. Diese Steuergelder sind uns unsere Kinder Wert. Trotzdem wäre es verlogen, für alle Ortsteile Kindergärten zu fordern, wenn die Kosten nicht mehr zu tragen sind. Inzwischen sind im Gemeindekindergarten im Kiebitzgrund schon mehr als 10 Plätze nicht besetzt, wir haben davor gewarnt.

Da gibt es weiter sogenannte Kommunalpolitiker, die Gebühren senken wollen, obwohl jeder im Haushaltsplan die wahren Kosten nachlesen kann. Man hat manchmal den Eindruck, dass es Politiker gibt, die glauben, dass ihnen alles geglaubt wird. Wie kann man Gebühren senken, wenn man 10 Millionen investieren muss (siehe unsere Ausgabe 1/2001)? Wir bekommen unser kostbares Trinkwasser nicht geschenkt.

Deswegen gilt für uns auch für kommenden vier Jahre: Pflichtaufgaben gehen vor, Burghaun muss eine gesunde Gemeinde bleiben, deshalb keine Lügen und Gaukeleien, wer Prestigeobjekte fordert, muss auch sagen, wie sie zu bezahlen sind!

Schwarze Heuchelei ohne Ende

Wann werden die sogenannten christlichen Politiker endlich das C aus dem Parteinamen streichen? Was da in den letzten Wochen und Monaten an heuchlerischen Äußerungen über Mitglieder der Bundesregierung losgelassen wurde, ist nicht mehr zu überbieten.

1. Außenminister Fischer: In einer wahren Treibjagd werden alte Jugendsünden hervorgekramt, die übrigens schon seit Jahren bekannt waren, um den ungeliebten Grünen scheinbarweise zu demonstrieren. Lautstark wird er zum Rücktritt aufgefordert.

Gleichzeitig werden aber weitere Beschwichtigungsaktionen gestartet, was die Verfehlungen von Altbundeskanzler Kohl anbelangen. In Bayern gar bleiben vorbestrafte CSU-Politiker völlig unbehelligt. Von Rücktritt keine Spur. Aber wann ist den überhaupt schon mal ein CDU-CSU-Minister zurückgetreten?

Man denke daran, dass der ehemalige CSU-Innenminister Zimmermann einen Meineid leisten konnte, Trotzdem Minister wurde (Spitzname: „Old Schwurhand“).

2. Finanzminister Eichel: Der SPD-Mann wird von CSU-CSU-Leuten zum Rücktritt aufgefordert, weil er angeblich Flüge mit der Flugbereitschaft genutzt und nach politischen Terminen auch seine Kinder besucht habe. Der Untersuchungsausschuss hat die Vorwürfe inzwischen entkräftet. Interessant in diesem Zusammenhang ist es aber zu erwähnen, dass die CDU zur Jagd auf

Hans Eichel erst dann geblasen hat, nach dem die Unterlagen über die Flüge von Herrn Waigel (CSU-Finanzminister a.D.) vernichtet wurden (alle 2 Jahre beseitigt die Flugbereitschaft ihre Flugprotokolle). Nun stellt sich heraus, dass Waigel in einem Jahr rund 100mal mit der Flugbereitschaft geflogen ist, Eichel 70mal. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

3. BSE-Rücktritte: Zwei Bundesminister treten zurück, weil sie die BSE-Krise nicht rechtzeitig erkannt haben. Das ist lobenswert, aber die Hauptbeteiligten sitzen weiter fest im Sattel. Die bayrischen Minister Stamm und Miller dachten zunächst gar nicht daran zurückzutreten, obwohl in Bayern die meisten BSE-Fälle auftraten, der erste BSE-Fall dort sogar zunächst vertuscht werden sollte. Die Gesundheitsministerin Stamm (CSU) und ihr Ministerpräsident Stoiber hatten noch im Oktober BSE für Bayern ausgeschlossen. Stamm und Miller hatten sich sogar für die Fütterung von Tiermehl stark gemacht. Konsequenzen?

Erst als auch noch der Schweinemastskandal hinzukam, musste Frau Stamm gehen.

4. Schwarzgeld: Nicht einer der Beteiligten an der CDU-Schwarzgeldaffäre ist zurückgetreten. Ministerpräsident Koch (CDU) denkt nicht daran, weil er ja nur ein bisschen gelogen hat, obwohl er die Hessen-Wahl mit Schwarzgeld gewonnen hat.

Fazit: Rücktritte gehören zur politischen Kultur. Aber nur, wenn es keinen C-Politiker trifft.

Gerade jetzt: SPD stärken!

Bundesweite Empörung über CDU-Plakat

Schnell haben die CDU-Oberen ihr geschmackloses Plakat zurückgezogen, auf dem sie Bundeskanzler Gerhard Schröder als Verbrecher auf einer Verbrecherkartei darstellten. Wahrlich wieder ein Schachzug der Vertreter christlicher Politik, der nichts, aber auch gar nichts mit politischer Auseinandersetzung zu tun hat. Hier soll der politische Gegner nicht mit Sachargumenten widerlegt werden, sondern er soll persönlich verunglimpft werden. Dies hat die Öffentlichkeit maßlos empört. Alle großen Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen haben CDU-Merkel und CDU-Meyer dafür heftig gescholten. Es ist halt wieder so, da wo Sachargumente fehlen, wird von der CDU in unterste Schublade gegriffen.

Wann tritt die Schwarzgeld-Regierung zu- rück?



Vergebens wartet man bisher in Hessen auf den Rücktritt der Regierung Koch, die bei den letzten Landtagswahlen **nur durch den massiven Einsatz von Schwarzgeld an die Regierung gekommen ist.** Koch macht sich da keine Vorwürfe, schließlich geht es um **seine Macht.** Dass er im Zuge der Ermittlungen um die Schwarzgelder gelogen hat, wird von CDU-Seite bagatellisiert. Es war schließlich ein CDU-Mann der gelogen hat. Alles nicht so schlimm?

Termin vergessen

Leider wird es für den Ortsbeirat Langenschwarz keine SPD-Ortsbeiratsliste geben, weil schlichtweg der Termin zur Abgabe der Liste vergessen wurde. Das ist ärgerlich, aber nicht mehr zu ändern.

Langenschwarz: Heinrich Schäfer (SPD) kandidiert wieder.

Der ehemalige Ortsvorsteher von Langenschwarz Heinrich Schäfer hatte eine erneute Kandidatur für die Gemeindevertretung und den Ortsbeirat für die SPD nicht ausgeschlossen.

Heinrich Schäfer hatte seine Mandate niedergelegt, weil er wegen einer Veranlagung seines Grundstückes eine Klage vor dem Verwaltungsgericht angestrengt hat. Als Gemeindevertreter sah sich Heinrich Schäfer im Widerstreit der Interessen und hat deshalb bis zur Klärung durch das Gericht auf eine weitere Kandidatur verzichtet.

Heinrich Schäfer dazu: „Ich stehe weiter voll und ganz hinter der SPD-Kommunalpolitik in Burghaun. Da ich jedoch eine persönliche Angelegenheit nicht mit meiner politischen Tätigkeit belasten möchte, habe ich meine Ämter niedergelegt.“

WIR SIND DRIN:

www.spd-burghaun.de

**So erreichen Sie uns jetzt auch im
INTERNET**

SPD-Liste für den Ortsbeirat Hünhan

Als „starke Mannschaft“ bezeichnete der SPD-Vorsitzende Wolfgang Heinicke die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für den Ortsbeirat Hünhan. Angeführt wird die SPD-Liste von den bisherigen Ortsbeiratsmitglieder Herbert Most, Wolfgang Och und Harald Jünemann. Auf den Plätzen 4-7 folgen Günther Heinemann, Thorsten Balzert, Rosi Fries und Andreas Baumgart.

Listenführer Herbert Most berichtete über die vergangene Legislaturperiode und stellte Planvorhaben für die Zukunft vor. Dabei hob er den Einsatz und die Unterstützung der SPD-Fraktion für die kreuzungsfreie Anbindung der Zubringerstraßen zur Ortsumgehung von Hünfeld hervor.

Erfreut zeigte sich Herbert Most, dass der Ortsmittelpunkt „Anger“ in diesem Jahr fertig gestellt werden solle und dafür schon die Mittel im Haushalt 2001 eingesetzt worden seien. Nachdrücklich setzten sich die Kandidaten für den Ortsbeirat für einen Rad- und Fußweg zwischen Hünhan und Gruben ein, eine alte SPD-Forderung, die leider von den Planungsbehörden beim Neubau der Straße vor einigen Jahren verworfen worden sei. Als weitere Ziele der SPD-Gruppe Hünhan nannte Herbert Most den Anschluss an die Gasversorgung in der Wendelinusstraße, Augustin-Soll-Straße und Am Stück. Die SPD strebt außerdem eine Bahn für Inline-skater im Bereich der Tennisplätze an.

Blitzanlage an der B 27 „Abzockerei“ – oder was?

Ist die Geschwindigkeitsmessanlage an der B 27 nun nötig oder nicht? Ist es „Abzockerei“ der Autofahrer, wie es der CDU-Abgeordnete Hucke einmal ausdrückte? Die Zahlen sprechen für sich. Die Gemeinde hat durch diese Anlage immerhin 650.000 DM an Verwarngeldern eingenommen. Es wurde zum Teil gerast, was das Zeug hält. Ist es Abzockerei, wenn dann Verwarngelder



Das ist Burghaun:

- † † enorme Investitionen
- † † sparsame Haushaltsführung
- † † solide Finanzen
- † † gute Infrastruktur
- † † niedrige Steuern und Gebühren

Am 18. März SPD wählen!

bezahlt werden müssen? Jeder, der sich an die Geschwindigkeit von 50 km/h hält, muss nicht bezahlen, schließlich ist die Blitzanlage keine Zollstelle. Aber es bleibt dabei, wer Gesetze und Verordnungen übertritt, muss dafür gerade stehen. Dass Raserei kein Kavaliersdelikt ist, zeigt die Zahl tödlicher Unfälle durch diese Raser und oft trifft es Unschuldige.

Impressum:

„Burghaun aktuell“ ist ein Mitteilungsblatt der SPD-Ortsvereine der Großgemeinde.

Auflage: 2.800

Verantwortlich: Hans-Ludwig Mischitz,
Danziger Straße 29, 36151 Burghaun